

Britta Joerißen, Bernhard Stahl (Hg.)

Europäische Außenpolitik und nationale Identität

Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden.

Mit einem Vorwort von Hanns W. Maull

„Die Nationen haben einmal angefangen und werden enden. Die europäische Konföderation wird sie wahrscheinlich ablösen.“

(Ernest Renan, 1882)

Dokumente und Schriften
der Europäischen Akademie Otzenhausen

LIT

7 Französische Außenpolitik – Zwischen Initiative und Verweigerung

(Bernhard Stahl)

Einleitung

Die französische Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg wird in der Regel in zwei Phasen eingeteilt. Gemeinhin stellt der Übergang von der vierten zur fünften Republik (1958) die große Zäsur dar. In der fünften Republik orientieren sich die meisten Autoren an der Amtsdauer der Staatspräsidenten (De Gaulle bis 1969, Pompidou bis 1974, Giscard d'Estaing bis 1981, Mitterrand bis 1995, seitdem Chirac). In den 90er Jahren erfolgte 1995 der Wechsel von Mitterrand zu Chirac. Dieses Jahrzehnt beinhaltet mit dem Endes des Ost-West-Konflikts und der Wiedervereinigung Deutschlands, den Erweiterungen der EU, dem Projekt der WWU sowie den Kriegen am Golf und in Jugoslawien besondere Herausforderungen für die französische Politik.

Übereinstimmend wird in der Literatur argumentiert, dass für Frankreich die Sicherheitspolitik höchste Priorität genießt, gefolgt von der Europa-Politik. Diese Politikfelder sind naturgemäß schwer voneinander zu trennen, zumal im Zeitablauf die sicherheitspolitischen Aspekte in der Europapolitik beständig zugenommen haben. Andere Politikfelder, beispielsweise die Kultur- und Außenwirtschaftspolitik, spielen eine untergeordnete Rolle, wobei erstere im Auftrag steht, die Verbreitung der französischen Sprache zu fördern (*la francophonie*) und die Ideale der französischen Revolution in die Welt zu tragen. Letztere, die Außenwirtschaftspolitik, ist über den Export an Rüstungsgütern eng mit der Sicherheitspolitik verweben. Ihr wird die folgende Passage gewidmet, bevor sich das Hauptaugenmerk der Analyse zunächst auf die Europa-, dann die Sicherheitspolitik richtet.

Außenwirtschaftspolitik¹³⁰

Frankreich hat sich seit 1945 der Welt weit geöffnet und seine alte protektionistische Politik weitgehend aufgegeben. Es ist wirtschaftlich eines der bedeutendsten Länder der Welt geblieben. Die Globalisierung des internationalen Warenverkehrs hat auch Frankreich erreicht, seine Wirtschaft weist eine zunehmende internationale Verflechtung auf, was sich in einem starken Außenhandelswachstum niedergeschlagen hat. Frankreich erzeugt über 5% des weltweiten Bruttosozialprodukts und steht damit hinter den USA, Japan und Deutschland an 4. Stelle. Das BIP (zu Marktpreisen) im Jahre 1999 lag bei

¹³⁰ Dieser Abschnitt basiert vor allem auf der Arbeit von Veit Swoboda.

1.344.417 Mio. Euro.¹³¹ Es realisiert rund 6% des Welthandels und nimmt beim Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und von Dienstleistungen den 2. Platz hinter den USA sowie beim Export von Industrieerzeugnissen den 4. Platz in der Welt ein. Frankreich ist auch einer der größten Investoren und steht an dritter Stelle unter den Zielländern von ausländischen Direktinvestitionen.¹³²

Nach 15 defizitären Jahren erzielte die Handelsbilanz Frankreichs 1992 wieder ein positives Ergebnis mit einem Außenhandelsüberschuss von 31 Milliarden Franc (5 Milliarden Dollar). Seitdem hat dieser sich noch bedeutend erhöht: 1999 auf 124 Milliarden Franc (17,7 Milliarden Dollar). Auch der Wert der Importe stieg von 1993 ca. 1.100 Milliarden Franc (189,3 Milliarden Dollar) bis 1998 auf fast 1.720 Milliarden Franc (245,7 Milliarden Dollar). Die Ausfuhren Frankreichs machen 21% des Bruttosozialprodukts aus, ein Zeichen für die starke Internationalisierung des Handels, die zwar geringer ist als in Deutschland (24%), aber stärker als in Japan (10%) oder den USA (9%).¹³³ Im Jahre 1999 importierte Frankreich Güter im Wert von 294,2 Mrd. Euro und exportierte Güter im Wert von 304,3 Mrd. Euro.¹³⁴ Es handelt sich hierbei um ein strukturelles Wachstum des Exports, durch das Frankreich nun einen Überschuss im Warenhandel vorweisen kann.

Ein relativ hohes monetäres Austauschverhältnis ist ein weiteres Zeichen der wirtschaftlichen Öffnung. Die französischen Direktinvestitionen im Ausland beliefen sich 1997 auf ca. 1.000 Milliarden Franc (166,6 Milliarden Dollar), während das ausländische Investitionsvolumen in Frankreich zur gleichen Zeit knapp 750 Milliarden Franc (125 Milliarden Dollar) erreichte.¹³⁵

Europapolitik

Betrachtet man die Entwicklung der europäischen Integration, so ist zunächst auffällig, wie groß der Einfluss der französischen Politik auf europäische Projekte gewesen ist. Es war der französische Außenminister Schuman, der die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) mit ihrer einzigartigen supranationalen Konstruktion einer Hohen Behörde 1950 vorschlug. Ähnlich vorausschauend mutete die französische Initiative (Pleven-Plan) zur Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) noch im selben Jahr an. Doch im Unterschied zum Schuman-Plan scheiterte letztere 1954 am Widerstand der französischen Nationalversammlung und markierte bereits eine erste Wende der französischen **Integrationspolitik**. Gleichwohl – und zur Überraschung vie-

¹³¹ Quelle: http://www.eu-datashop.de/download/DE/indika/thema1/basis_01.pdf / bzw. Eurostat-Jahrbuch 2001, S. 23.

¹³² Quelle: <http://www.france.diplomatie.fr/france/de/politiq/11.html>.

¹³³ Quelle: http://www.france.diplomatie.fr/france/de/politiq/11_2.html.

¹³⁴ Quelle: http://www.eu-datashop.de/download/DE/indika/thema1/basis_01.pdf / bzw. Eurostat-Jahrbuch 2001, S. 29.

¹³⁵ Quelle: http://www.france.diplomatie.fr/france/de/politiq/11_2.html.

ler Zeitgenossen – gelang nur wenig später (1956) die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Die Ambivalenz in der Europapolitik, die sich in der IV. Republik also bereits angedeutet hatte, verstärkte sich mit dem Übergang in die V. Republik und ihrem *spiritus rector* und ersten Staatspräsidenten Charles de Gaulle. Etwas unterschätzt erscheinen dabei die französischen Initiativen zu Beginn der 60er Jahre: So wird die Agrarpolitik unter De Gaulle vergemeinschaftet – sie ist schließlich bis heute das einzige konsequent vergemeinschaftete Politikfeld der EU geblieben. Des Weiteren lancierte De Gaulle die sogenannten Fouchet-Pläne, die eine substanzielle weitere Institutionalisierung zwischen den Mitgliedstaaten bedeutet hätten, jedoch nicht durchsetzbar waren (Bloes 1969). Diese Initiative war zwar rein intergouvernemental angelegt, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union (GASP) wird den von De Gaulle vorgeschlagenen Institutionalisierungsstand jedoch erst in den 90er Jahren mit den Maastrichter Verträgen erreichen. Auch die bilateralen Bemühungen um eine Aussöhnung mit Deutschland, die im Elysée-Vertrag von 1963 ihren Niederschlag gefunden haben, sollten nicht unerwähnt bleiben. Doch dann brach die integrationsfreundliche Politik De Gaulles ab. Er legte gegen die Aufnahme Großbritanniens in die Gemeinschaften sein Veto ein. Desgleichen blockierte er den vorgesehenen Übergang zu Mehrheitsentscheidungen in der EWG und betrieb eine ‚Politik des leeren Stuhls‘ (1965/66). Nur mühsam gelang es den Mitgliedstaaten, ein Auseinanderbrechen der EG zu verhindern: Im sogenannten ‚Luxemburger Kompromiss‘ wurde vereinbart, dass kein Mehrheitsbeschluss die ‚vitalen nationalen Interessen‘ eines Mitgliedstaats verletzen darf. Aber offensichtlich blieb Frankreich an weiteren Fortschritten bezüglich einer vorsichtigen Abstimmung der Außenpolitiken interessiert. Die Gründung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) erfolgte bald nach De Gaulles Rücktritt auf Initiative von Präsident Georges Pompidou (La Serre und Moreau Defarges 1983: 56). Unter Giscard d’Estaing blieb Frankreich bezüglich der EPZ allerdings wieder passiv, erst François Mitterrand regte die Schaffung eines ständigen Sekretariats an (La Serre 1996). Als die EPZ im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte (1986) an die Gemeinschaften herangeführt wurde, verschloss sich Frankreich dem nicht. Darüber hinaus forderte Mitterrand in den 90er Jahren die sukzessive Stärkung der GASP durch die Einsetzung eines ‚Hohen Vertreters‘ (Guyomarch, Machin et al. 1998: 126). Mit der Einsetzung von Javier Solana folgten die europäischen Partner 1999 diesem Vorschlag. Ebenso gelang es Frankreich, seine Idee einer Stärkung des europäischen Verteidigungsarms (*l’Europe puissance*) salonsfähig zu machen, nachdem dies in den 80er Jahren mit Vorschlägen zur Stärkung der Westeuropäischen Union (WEU) nicht gelungen war: Die Europäischen Räte von Köln und Helsinki 1999 kamen überein, die WEU bis 2003 in die EU einzugliedern.¹³⁶ Überhaupt gelang es Paris in dieser Phase, den langjährigen Gegensatz zwischen London und Paris

¹³⁶ Allerdings wird die unbedingte Beistandsverpflichtung (Art. 5 WEU-V) nicht übernommen, weswegen die WEU formaljuristisch erhalten wird.

zu überwinden (französische-britische Übereinkunft von Saint Malo 1998 (Howorth 2000) und die europäische Verteidigungspolitik voran zu bringen, indem es die Schaffung von neuen Institutionen in Brüssel während der eigenen Ratspräsidentschaft effektiv umzusetzen vermochte.

Paris hat sich zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Politikfeldern aktiv für eine Stärkung der Gemeinschaftsorgane eingesetzt, während es zu anderen Zeiten und für andere Politikfelder eine Vergemeinschaftung völlig abgelehnt hat. Diese Unstetigkeiten zeigten sich auch im französischen Verhalten der Entscheidungsträger in den Regierungskonferenzen zu den Vertragsrevisionen. Glich die Zustimmung zu den Römischen Verträgen angesichts der sich auflösenden vierten Republik schon einem kleinen ‚Wunder‘ (Parsons 2000: 52ff.), so war Paris 30 Jahre später in der Einheitlichen Europäischen Akte lediglich im Wirtschaftsbereich zu substanziellen Reformen bereit. In integrationsfreudigerer Form präsentierte sich Mitterrand in der Regierungskonferenz im Vorfeld der Maastrichter Verträge, als Frankreich im Ganzen differenzierte und durchsetzungsfähige Positionen vertrat (Martial 1992). So geht die Drei-Pfeiler-Konstruktion auf eine französische Idee zurück.¹³⁷ Einige Jahre später – vor Amsterdam – wurde der französische Impuls wieder schwächer und grundsätzliche Widersprüche kennzeichneten die französische Position (Sauder 1996). In Nizza schließlich war die französische Ratspräsidentschaft offensichtlich schlecht vorbereitet, hielt – einer Moderatorenrolle unangemessen – an eigenen, nicht mehrheitsfähigen Positionen fest und brachte den Gipfel gar an den Rand des Scheiterns (Harnisch und Stahl 2000; Lequesne und Brauner 2000).

Gewisse Konstanten in Bezug auf die Institutionenpolitik Frankreichs gibt es dennoch: Paris versucht durchweg, die Industrie- und Sozialpolitik auf europäischer Ebene aufzuwerten, was jedoch zumeist auf den Widerstand Großbritanniens gestoßen ist. Es opponiert konsequent gegen eine Vergemeinschaftung der GASP (Deloche-Gaudez 2002: 120f.): Als in den Vertragsverhandlungen zur Europäischen Union 1991 angedacht wurde, die GASP in die Gemeinschaftspolitiken einzureihen, stemmte sich vor allem Frankreich dagegen (Mazzucelli 1997: 148). Die Macht der Kommission, bspw. als Wettbewerbsbehörde, wird zudem von französischer Seite oft lautstark beklagt (Devuyt 1999: 118) Zudem setzten sich französische Regierungen der V. Republik stets für eine Stärkung des Europäischen Rates als Institution ein. Demgegenüber hat das Europäische Parlament kaum aktive Unterstützung erfahren,¹³⁸ vielmehr verwandte sich Paris stets für eine stärkere Einbeziehung

¹³⁷ Vgl. „Sticking it to Delors“, in: *The Economist* (4.5.1991), S.29.

¹³⁸ So geht bspw. die deutsch-französische Initiative zur Direktwahl des EP von französische Seite auf eine ‚einsame‘ Entscheidung Giscard’s zurück (Gann und Duignan 1998: 294).

der nationalen Parlamente, was im Maastrichter Vertrag in unverbindlicher Form der ‚Assises‘ seinen bislang weitgehend folgenlosen Niederschlag fand.¹³⁹

Die *Compliance*-Bilanz Frankreichs im europäischen Vergleich ist eher unterdurchschnittlich. EuGH-Urteile gegen Frankreich sind im EU-Vergleich eher häufig, wobei der französische Implementationsstandard von europäischen Rechtsakten (92,7 %, im unteren Mittelfeld liegt (nach Peters 2001: 31); mit ähnlichen Ergebnissen: Mbaye 2001). Auffällig ist, dass im Zeitablauf die Zahlen für Frankreich leicht rückläufig sind (-1,1 % bzw. -2,2 %).

Parallel zu den Bemühungen um die graduelle Schaffung einer europäischen Außenpolitik seit dem Ende der 60er Jahre verläuft der Versuch, eine europäische Lösung für die sich verschärfenden internationalen Währungsprobleme zu finden. Eine frühe Initiative, zu einer **Währungsunion** zu kommen (Werner-Plan), scheiterte zu Beginn der 70er Jahre. Staatspräsident Giscard d'Estaing zeigte sich europäischen Modellen gegenüber aufgeschlossen, als das Wechselkurssystem von Bretton Woods endgültig aufgegeben wurde (1973). Er akzeptierte die Dominanz der DM im Rahmen der europäischen Währungsschlinge. Zusammen mit seinem deutschen Amtskollegen Helmut Schmidt schlug er 1979 gar die Etablierung eines Europäischen Währungssystems (EWS) vor, das zunächst außerhalb der Römischen Verträge stand, ohne dass der spätere Übergang zu einer Währungsunion schwerlich vorstellbar gewesen wäre. Selbst als die französische Währung zu Beginn der 80er Jahre immer wieder unter Druck geriet, beschloss Mitterrand, im EWS zu bleiben (Schuster 1994: 155). Paris trug die Ausarbeitungen des Delors-Komitees hinsichtlich des Übergangs zu einer europäischen Einheitswährung seit Ende der 80er Jahre aktiv mit, so wie es auch der Vertiefung der EG im Zuge des Binnenmarktprogramms der Einheitlichen Europäischen Akte – inklusive des Übergangs zu Mehrheitsentscheidungen – zugestimmt hatte. In der Währungspolitik ist der deutsch-französische Motor wegen seiner vielen bilateralen Initiativen, die letztlich auf eine Vergemeinschaftung der Geldpolitik hinausgelaufen sind, besonders offensichtlich. Die französische Regierung hat dabei schließlich die Unabhängigkeit der eigenen wie der europäischen Zentralbank nach deutschem Vorbild akzeptiert. Nach dem erfolgreichen Übergang zur Europäischen Währungsunion drängt Frankreich auf eine Stärkung der politischen Kontrollgremien, insbesondere des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin), vorzugsweise jedoch des – bislang informellen – Euro-12-Rates der an der Währungsunion teilnehmenden Staaten. Lediglich in personellen Fragen ist es zu Streitigkeiten mit den Partnern gekommen, als Präsident Chirac sich der

¹³⁹ Den französischen Forderungen wurde im Maastrichter Vertrag lediglich mit einer „Erklärung“ in der Schlussakte entsprochen, im Amsterdamer Vertrag regelt ein Protokoll (9) die Unterrichtungspflicht der nationalen Parlamente durch die Kommission sowie die Aufwertung der Konferenz der Europa-Ausschüsse (COSAC). Da Außenminister Fischer gleichfalls einer Aufwertung der nationalen Parlamente positiv gegenübersteht, könnten diese Vorstellungen im Post-Nizza-Prozess stärkere Berücksichtigung finden.

Berufung Wim Duisenbergs lange wider setzte und den französischen Chef der *Banque de France*, Jean-Claude Trichet, als Leiter der Europäischen Zentralbank durchsetzen wollte (Huffschmid 1998). Zudem erweist sich Frankreich auch in Bezug auf die Einhaltung der gemeinsam verabschiedeten Stabilitätsziele als unsicherer Kantonist.¹⁴⁰

In **Erweiterungsfragen** zeigt sich das französische Verhalten gleichfalls in seiner gesamten Spannbreite. Nach zweimaligem Veto De Gaulles gelang erst unter Pompidou die erste Norderweiterung der Gemeinschaft durch Großbritannien, Dänemark und Irland (1973). Den Süderweiterungen (1981 Griechenland; 1986 Spanien und Portugal) stand Frankreich hingegen aufgeschlossen gegenüber (Ménudier 1985: 346). Die zweite Norderweiterung (1995: Österreich, Finnland und Schweden) genauso wie die anstehende Osterweiterung wurde von Paris ohne großen Enthusiasmus gebilligt, aber nicht aktiv vorangetrieben (La Serre and Lequesne 1994/95: 309, Guerin-Sendelbach 1994: 298). Paris war dabei Anhänger des ‚Gruppenmodells‘ – nur mit den aussichtsreichsten Kandidaten sollten konkrete Beitrittsgespräche eröffnet werden – das sich auch in der EU durchsetzen konnte (Froehly 1997: 3). Gegenüber den Beitrittskandidaten hat Paris allerdings zunehmend versucht, diesen Eindruck zu vermeiden und ihren baldigen Beitritt in Aussicht zu stellen (Deubner 1999: 105). Nach dem Ende des Kalten Krieges favorisierte Paris europäische Institutionalisierungslösungen unter Ausschluss der USA: Der von Mitterrand lancierte Konföderationsplan 1989/90 sah eine lose pan-europäische Institutionalisierung vor, scheiterte jedoch vor allem an der mangelnden Akzeptanz der MOE Staaten (Weisenfeld 1991). Mehr Erfolg war der Initiative von Premierminister Balladur beschieden, der zur Regelung von Minderheitenproblemen in den MOE einen ‚Stabilitätspakt‘ vorschlug, der von der EU aufgegriffen und im OSZE-Rahmen umgesetzt wurde (Ueta 1997, Meimeth und Neßhöver 1997: 158ff.). Hatte Paris bis Amsterdam der Nord- und Osterweiterung auch deshalb skeptisch gegenübergestanden, weil es weiteren Widerstand gegen die eigenen Pläne einer Stärkung der europäischen Verteidigungskomponente befürchtete, so hat sich dies in den letzten Jahren geändert (Terpan 2000: 247f.): Frankreich sucht nunmehr eine Lösung unter Einschluss der nordischen, in der Zukunft auch baltischen Staaten und hat bspw. die schwedisch-finnische Initiative zur Überführung der Petersberg-Aufgaben in die EU begrüßt.

Frankreich möchte sicherstellen, dass ein ‚widening‘ nicht auf Kosten des ‚deepening‘ der Union geht und favorisiert aus diesem Grund erweiterte Möglichkeiten einer verstärkten Flexibilisierung (‘*cooperations renforcées*’) der Alt-Mitglieder (Froehly 1997). Im Amsterdamer Vertrag wurde diese Idee bereits vertraglich fixiert, in Nizza schließlich praktikabler ausgestaltet. Im Bereich der inneren Sicherheit, der in den Maastrichter Verträgen (1993) in den

¹⁴⁰ Hulverscheidt, Claus und Florian Güßgen: „Paris provoziert Bruch des Stabilitätspakts“, in: FTD v. 21.01.2003, S.13.

Unionsrahmen eingefügt wurde, hatte Frankreich keine Probleme mit der Idee der Abschaffung von Personenkontrollen und ist zusammen mit Deutschland Initiator des Schengener Abkommens gewesen (Gehring 1998: 49ff.). Jedoch erwirkte es immer wieder Ausnahmen, verzögerte das letzte Inkrafttreten der Verträge und begründete dies mit der Schwierigkeit, den Drogenhandel effektiv bekämpfen zu können (Axt 1996: 117; Observatoire géopolitique des drogues 1997¹⁴¹).

Die weltweit am dichtesten institutionalisierte bilaterale Beziehung stellen die **deutsch-französischen Beziehungen** dar (Ziebura 1997; Guerin-Sendelbach 1999; Woyke 2000). Ergänzt wurden die sehr weitgehenden gesellschaftlichen Kontakte oft durch persönliche Beziehungen auf höchster Ebene: Adenauer und De Gaulle, Schmidt und Giscard, Kohl und Mitterrand. Die Beziehungen hatten dabei zunächst vor allem einen bilateralen Aspekt: Der Elysée-Vertrag von 1963 basierte auf der Idee, historische Gräben zu überwinden und Vertrauensbildung zu leisten. Die 60er und 70er Jahre standen dann im Ausbau der kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen. Unter Mitterrand erfolgte eine Belebung des verteidigungspolitischen Teils des deutsch-französischen Vertrages. Die Gründung eines bilateralen Verteidigungsrates (1982/88), einer gemeinsamen Brigade (1989), die später zum multilateralen ‚Eurokorps‘ wurde, und die Konsultationsverpflichtung beim Einsatz atomarer Kurzstreckenraketen (1986) waren hierbei wichtige Etappen. Weitere konkrete gemeinsame Projekte, vor allem im Verteidigungsbereich, folgten: So wurde 1996 ein gemeinsamer Marineverband (DEFRAM) aufgestellt, 1995 ein Abkommen zur gegenseitigen Unterstützung beim Lufttransport geschlossen und diverse Rüstungsprojekte (Panzerabwehrrakete, Helikopter, Transportflugzeug, Drohne) zusammen entwickelt. Beim Gipfeltreffen in Nürnberg 1996 wurde gar ein ‚Gemeinsames Konzept der Sicherheit‘ erarbeitet (vgl. Schild 1997). Wie die jüngeren Gipfelerklärungen von Toulouse und Paris belegen, besteht auch Einigkeit zugunsten eines weiteren Ausbaus der Europäischen Verteidigungspolitik.¹⁴²

Zunehmend bekam die deutsch-französische Partnerschaft auch eine Motorfunktion für die europäische Integration insgesamt. Besondere Beispiele waren die bereits erwähnte Initiative zur Gründung des EWS sowie die Memoranden zur Währungs- und Politischen Union im Vorfeld der Maastrichter Verträge (Mazzucelli 1997). Wenn sich auch in der Folge, insbesondere bei der Ausarbeitung des monetären Stabilitätspakts, Differenzen ergaben (Guérot 1998), überwog doch die positive Bilanz des *couple franco-allemand*. Aus französischer Sicht erwies sich diese Strategie auch als effizient; in Amsterdam war man nur mit denjenigen Vorschlägen erfolgreich, die zusammen mit Deutschland lanciert wurden (Moravcsik und Nicolaidis 1999: 75).

¹⁴¹ Vgl. www.ogd.org/rapport/RP08_3_FRANCE.html [2. 3. 2001].

¹⁴² Vgl. die Gipfelerklärung von Paris vom 30.11.1999, <http://www.dfwj.org/netzwerk/erklaer/paris.html#sic> [31.7.01].

Ferner ist eine Ausweitung der bilateralen zugunsten **multilateraler Bemühungen** festzustellen: Das 1991 gegründete ‚Weimarer Dreieck‘ schließt auch Polen mit ein und soll – über die jährlichen Außenministertreffen hinaus – wertvolle Impulse für die Projekte der Europäischen Integration geben (Kühnhardt; Ménudier und Reiter 2000). 1995 fanden erste trilaterale Militärübungen, 1998, 1999 und 2001 Gipfeltreffen statt. Zudem wurde Deutschland in die französisch-russischen Beziehungen einbezogen, was zu Dreiertreffen der Staats- und Regierungschefs führte. Von beiden Konstellationen gingen allerdings bislang kaum spürbare Initiativen für die europäische Integration bzw. Sicherheit aus (Woyke 2000: 87ff.).

Immer wieder wurden die deutsch-französischen Beziehungen allerdings durch Verstimmungen getrübt. Die deutsche Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition bspw. stieß in Frankreich zunächst auf Misstrauen (Howorth 1994: 206). Die deutsche Vereinigung löste gleichfalls bei den französischen Entscheidungsträgern Verunsicherung aus, auf die sie mit missverständlichen und halbherzigen Aktionen reagierten (Neßhöver 1996). In der Reaktion auf das Auseinanderbrechen Jugoslawiens divergierten die deutsche und französische Politik vor allem in der Konfliktwahrnehmung und der Institutionenpolitik in erheblichem Maße (Mauil und Stahl 2001). Jüngstes Beispiel waren die Missverständnisse und wechselseitigen Verdächtigungen während der Regierungskonferenz von Nizza.

Sicherheitspolitik

Die 40er und 50er Jahre waren durch die unilateralen Ambitionen Frankreichs zur Aufrechterhaltung seines Kolonialimperiums (*‘Union Francaise’*) gekennzeichnet. In Indochina versuchte man vergeblich, die im Zweiten Weltkrieg an die Japaner verlorenen Gebiete wieder zu stabilisieren. Nach verlustreichen Kämpfen gegen die nach Unabhängigkeit strebenden Vietnamesen mussten die eingeschlossenen französischen Verbände in Dien Bien Phu kapitulieren (1952), so dass Indochina verloren ging (vgl. Brötel 1990). 1956 ließ sich Frankreich zusammen mit Israel und Großbritannien auf die militärische Besetzung des Suez-Kanals ein, musste sich jedoch nach massivem Druck beider Supermächte ergebnislos zurückziehen (Louis 1989). Gleichzeitig spitzte sich die Situation in Nordafrika immer mehr zu und brachte schließlich sogar die IV. Republik durch einen Militärputsch französischer Generale in Algerien zum Einsturz (Herzog 1995: 40ff.). Erst Staatspräsident De Gaulle vermochte Algerien 1962 in die Unabhängigkeit zu entlassen. Auch nach dem Verlust seiner großen Kolonien unterhält Frankreich bis heute eine Vielzahl von Territorien und Départements außerhalb des Kontinents (Réunion, Neu-Kaledonien, Guyane u.a.m.), die durch verschiedene Vertragskonstruktionen an das ‚Mutterland‘ gebunden sind (Aldrich und Conwell 1992).

Die französischen **Streitkräfte** waren nach dem Ende der Kolonialkriege zunächst überwiegend als Verband zur Territorialverteidigung konzipiert. Lediglich einige speziell ausgebildete Einheiten wie die Fremdenlegion waren geeignet, in französischen Stützpunkten außerhalb des Mutterlandes – wie in Afrika – eingesetzt zu werden. Um diesem Umstand abzuwehren, veranlasste Mitterrand 1983 den Aufbau einer *Force d'Action Rapide* (FAR), die 1999 eine Stärke von 44.000 Mann erreichte. Doch der Golfkrieg legte offen, dass dies nicht reichte: Frankreich wollte keine Wehrpflichtigen in den Krieg schicken und war demzufolge lediglich in der Lage, eine zusammengewürfelte, mithin schlecht ausgerüstete Truppe zur Verfügung zu stellen (Heisbourg 1992: 30ff.).

Frankreich unterhielt Mitte der 90er Jahre mit über 500.000 Mann die größte Streitkraft in Westeuropa, neue Anschaffungen für das Heer und die Luftwaffe kamen hinzu. In den folgenden Jahren sank die Truppenstärke jedoch kontinuierlich und wird 2002 ca. 356.000 Mann umfassen. Mit dem Übergang zu einer Berufsarmee wird in Zukunft eine Größe von 110.000 Soldaten angestrebt.

Der Unterhalt und Ausbau der nationalen Streitkräfte wird seit langem durch budgetäre Zwänge mit bestimmt: Seit 1960 nimmt der Anteil des Verteidigungshaushalts am BIP deutlich ab (Yost 1994: 246), 1997 erreichte er noch 2,3% des BSP. Die Einsparmaßnahmen Ende der 90er Jahre betrafen vor allem Investitionsaufwendungen, in Zukunft sollen Kostenreduzierungen auch im Beschaffungswesen erzielt werden.¹⁴³

Das französische Weißbuch des Verteidigungsministeriums von 1994 nimmt auf die veränderte Bedrohungssituation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts Rücksicht, indem neue Bedrohungen wie der internationale Terrorismus und ‚nukleare Erpressung‘ definiert werden (Manfrass-Sirjacques 1999: 3ff.). Französische Interessen werden zwar im Prinzip als weltweit definiert, jedoch im Hinblick auf ihre Bedeutung abgestuft: Während ‚nationale Interessen‘ den globalen Anspruch Frankreichs manifestieren, gibt es daneben ‚strategische‘ für den europäischen Raum und schließlich ‚vitale‘, die eine unmittelbare Bedrohung des französischen Mutterlandes bedeuten. Eine grundsätzliche Wende der Verteidigungspolitik leitete Präsident Chirac ein, als er im Februar 1996 ankündigte, die Wehrpflicht zu suspendieren und bis 2002 zu einer Berufsarmee überzugehen. Ziel dieser Armeereform, in deren Folge die Streitkräfte substanziell verkleinert und umstrukturiert werden, ist es, „Interoperabilität“ und „Machtprojektionsfähigkeit“ zu gewährleisten (Manfrass-Sirjacques 1999: 28ff.).

Gleichfalls wurde der vordem sehr geschützte Bereich der französischen Rüstungsindustrie aufgebrochen, der in den 90er Jahren auch nicht mehr die gleichen Exportserfolge zu erzielen vermochte wie zuvor. Budgetäre Engpässe

¹⁴³ Vgl. „Frankreich in der Welt – Die Verteidigungspolitik“, http://www.france.diplomatie.fr/france/de/politiq/10_html [30.7.01].

erzwungen Umstrukturierungen und Neuausrichtungen. Zudem ist eine Europäisierung deutlich spürbar, wie das prinzipielle Einverständnis Frankreichs in Bezug auf die Gründung einer europäischen Rüstungsagentur zeigt. Paris setzt sich auch sehr für eine europäische *intelligence policy* ein und reagierte enttäuscht auf die deutsche Absage, sich an der Entwicklung von Hélios 2 Satelliten zu beteiligen (Villadsen 2000: 7).

Frankreich legte sich – wie neuere Quellen belegen – mit Hilfe der Amerikaner (Jauvert 2000) eine eigene Atomstreitmacht zu (*force de frappe*), die in den letzten Jahrzehnten immer weiter (Bomber, U-Boote) ausgebaut worden ist. Paris verfolgte lange Zeit eine von der NATO unabhängige **Abschreckungsstrategie** und behielt sich vor, allein zu entscheiden, wann und unter welchen Umständen es in einen Konflikt eintreten würde (Howorth 1994: 207). Die Anzahl der Atomsprengköpfe erhöhte sich auf heute über 500 (zur Übersicht über die französische Atomstreitkräfte: Rynning 1999: 105ff.). Dass diese autonome Sicherheitskomponente einen hohen Stellenwert genießt, zeigt die Tatsache, dass Frankreich sich nicht gescheut hat, mit seiner Atompolitik weltpolitischen Unbill auf sich zu ziehen. Es weigerte sich, an den MBFR-Verhandlungen teilzunehmen und erst 1991 unterzeichnete es den Nonproliferationsvertrag (Yost 1994: 265ff.). Französische Geheimdienstbeamte versenkten gar mit Billigung des Staatspräsidenten Mitterrand 1985 ein Greenpeace-Schiff, das gegen Atombombentests im Pazifik protestieren wollte.¹⁴⁴ Zehn Jahre später kündigte Chirac weitere Tests an, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Supermächte bereits ihren Verzicht auf solche Tests bekundet hatten. Nach weltweiten Protesten erklärte die französische Regierung nach erfolgter Testreihe, in Zukunft keine Tests mehr durchzuführen und versprach eine Einhaltung des *Comprehensive Test Ban Treaty* (CTBT) sowie einen Abbau von Langstreckenraketen.

Die unmittelbare Nachkriegspolitik Frankreichs in Europa war zunächst **Bündnispolitik**. Bereits 1948 vereinbarten die Benelux-Staaten, Großbritannien und Frankreich den Brüsseler-Pakt (später: WEU) mit einer gegenseitigen Beistandsverpflichtung. Ein Jahr später war Frankreich Gründungsmitglied der NATO. Nach dem Scheitern der EVG willigte Paris in den Beitritt Deutschlands zur NATO zur jetzt 'Westeuropäischen Union' (WEU) ein.

Französische Sicherheitspolitik ist gekennzeichnet durch die ambivalente Haltung zu den USA. Einerseits begehrt Frankreich gegen die Vormachtstellung der USA auf und hat dies vor allem mit rhetorischem und symbolischem Verhalten untermauert: De Gaulle verurteilte die amerikanischen Interventionen in der Karibik und in Vietnam, opponierte gegen die amerikanische Hegemonie in der Weltwirtschaft und verließ die militärische Kooperation der NATO

¹⁴⁴ „Mitterrands Rolle in der Greenpeace-Affäre“, in: NZZ v. 27.28.9.1997.

(1966).¹⁴⁵ Hinzu kommt, dass Frankreich aufgrund des zunehmenden Engagements der USA in Afrika um seine angestammte Einflusszone fürchtet (Kessler und Charillon 2001: 112). In allen militärischen Krisenfällen stand Frankreich andererseits fest an der Seite der USA und der westlichen Verbündeten; sei es in der Berlin- oder Kubakrise, dem NATO-Doppelbeschluss, dem Krieg gegen den vormaligen Waffenkunden Irak im 2. Golfkrieg oder in den Konflikten auf dem Balkan.

Zwar hatte Frankreich seit dem Austritt aus dem militärischen Bereich der NATO 1966 eine gewisse Sonderrolle inne, faktisch kooperierte man in Manövern gut miteinander (zum Verhältnis zur NATO allgemein: Bozo 1991; Andréani 1998). Die amerikanische Truppenpräsenz wurde trotz z.T. massiver Kritik an amerikanischer Außenpolitik (SALT I, Nahost, SDI) von führenden französischen Politikern nie in Frage gestellt. Desgleichen zeigte Paris stetes Interesse an Gremien, in denen die Großmächte in relativ kleinem Kreis, unter Einschluss der USA, kooperieren konnten. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte man ergebnislos versucht, die Siegermächte dauerhaft in Form eines *'dirétoire'* zusammen zu bringen. Später gelang unter französischer Ägide zum einen eine Institutionalisierung im Rahmen der sieben größten Wirtschaftsmächte (G7), zum anderen ein ad hoc-Forum zur Krisenbewältigung auf dem Balkan in Form der sogenannten Kontaktgruppe (Boidevaix 1997). In den 90er Jahren kam es zu einer Annäherung Frankreichs an die NATO, als Chirac erwo, vollständig in die Organisation zurückzukehren (Schmidt 1997). Frankreich nahm an den Planungen für den Kosovo-Einsatz genauso teil wie an den Übungen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden in Albanien (Froehly 1998: 3). Doch die Annäherung wurde schließlich aufgegeben, vorgeblich aufgrund der Tatsache, dass man sich mit den USA über die personelle Besetzung des Militärkommandos Süd entzweite (Petras und Morley 2000: 56f.).

In den letzten beiden Dekaden ist Frankreich auch bi- und multilaterale Sicherheitsarrangements eingegangen. So unterhält es seit 1995 zusammen mit anderen nördlichen Mittelmeerrainern zwei Korps (EUROMARFOR und EUROFOR). Gegenüber der britischen Außenpolitik konnte die konfligierende Haltung – vormals eine Konstante der französischen Außenpolitik (La Serre; Leruez und Wallace 1990) – in den 90ern weitgehend überwunden werden. Mit Großbritannien wurde 1994 die Schaffung einer französisch-britischen Luftwaffengruppe (Euro-Air-Group) sowie eine Zusammenarbeit mit der *Force d'Action Rapide* für Einsätze in Afrika beschlossen, letztere blieb allerdings folgenlos (David 1998: 123). Der Durchbruch zur weiteren Entwicklung einer europäischen Verteidigung gelang, als Chirac und Blair in Saint Malo 1998 ihre Übereinstimmung bekundeten, „autonome Einheiten“ auch außerhalb des NATO-Kontextes aufzustellen. Auch das bilaterale Treffen in Cahors, auf dem man sich

¹⁴⁵ Jüngstes Beispiel für eine autonome Politik ist die Irak-Frage, in der Frankreich im Sicherheitsrat der UN eine Gegenposition zu den USA und Großbritannien aufgebaut hat. Vgl. Mönninger, Michael: „Die Kriegsstörenfriede“, in: Die ZEIT v. 20.02.2003, S.2.

über gemeinsame Schritte in der Einwanderungspolitik einigte, fand in sehr freundschaftlicher Atmosphäre statt.¹⁴⁶

In den Beziehungen zu Osteuropa, insbesondere der Sowjetunion, versuchte sich de Gaulle zunächst in einer – in Abgrenzung zu den westlichen Verbündeten – eigenständigen und aktiven Entspannungspolitik. Doch trotz wechselseitiger Staatsbesuche, auch unter Pompidou und Giscard, blieb diese Politik weitgehend substanzlos, zumal die Sowjetunion spätestens mit dem Einmarsch in die CSSR 1968 ihren Willen demonstriert hatte, keinerlei Abwechslung vom selbst vorgegebenen Kurs zu dulden. Nur gelegentlich hat Paris seitdem die ‚russische Karte‘ gespielt, wie zuletzt, als Chirac sich mit Putin sowohl in der Ablehnung der amerikanischen NMD-Pläne wie auch eines Angriffs auf den Irak einig fand.¹⁴⁷

Die Präsenz Frankreichs im UNO-Sicherheitsrat hat für die französische Außenpolitik eine große Bedeutung. In der unmittelbaren Nachkriegszeit Paris auch zu unilateralen Vetos, wenn es galt, französische Kolonialinteressen zu schützen. Im Laufe der Zeit veränderte sich dies, und seitdem betreibt Frankreich eine multilaterale Politik (Saliou 1993: 687ff.): Enthaltungen und Vetos wurden selten und nur im Verbund mit anderen Staaten vorgenommen. Paris setzt sich in der **UNO** in hohem Maße für die Belange der Entwicklungsländer ein und stellt von allen Staaten die meisten Truppen für humanitäre Einsätze zur Verfügung. Wie das Desaster der UN-Mission in Bosnien, in der Frankreich das größte Kontingent gestellt hatte, allerdings offenbarte, hängt der Erfolg einer solchen Mission stark von den Bedingungen vor Ort ab. Paris fordert seitdem, *peace-keeping* und *peace enforcement*-Aufgaben eindeutig voneinander zu trennen (Chilton 1995:140).

Paris unterstützt generell alle Bemühungen, zu einer Zivilisierung der Internationalen Beziehungen beizutragen. Im konkreten Fall zeigt es sich jedoch oft zögerlich. So hat es die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs nur halbherzig unterstützt, da man dessen Zuständigkeit vor allem komplementär zu nationalen Gerichten sieht und die justiziablen Fälle auf sehr schwere Vergehen wie Völkermord begrenzen möchte (Védrine 1998:2). Dieses Schwere liegt ein in die generelle Linie der französischen Menschenrechtspolitik, die zwar bspw. die OSZE in der Regel unterstützt, aber wichtige Konventionen zum Schutz von Menschenrechten nicht ratifiziert hat (Baehr 1996: 128f.). Es finden sich sowohl Beispiele für eine sehr explizite und engagierte Menschenrechtspolitik wie für das Gegenteil: Auf das Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens reagierte die französische Außenpolitik mit Sanktionen, nur wenig später wurden diese allerdings wieder zurückgenommen (Neßhöver 1999:

¹⁴⁶ „Chirac für ‚demokratische Debatte‘“, in: FAZ v. 12.2.2001, S.6.

¹⁴⁷ „Französisch-russisches Tauwetter“, in:

NZZ-online v. 7.11.2000, [http://archiv.nzz.ch/books/nzzmonat/0S6V8GX\\$T.html](http://archiv.nzz.ch/books/nzzmonat/0S6V8GX$T.html), S.2 und Rousselot, Fabrice: „Bush somme l'ONU de voter la guerre“, in: Libération v. 25.02.03.

171ff.). Sehr prinzipiell wirkt auf der anderen Seite wiederum die Anerkennung der Massaker an den Armeniern 1915 als Völkermord, für die man auch türkische Sanktionen in Kauf nahm¹⁴⁸ und die sehr eindeutige Haltung gegenüber der Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich.¹⁴⁹ Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Umweltpolitik: Frankreich setzte sich einerseits für die eindeutige Bekämpfung des Treibhauseffekts ein, machte jedoch andererseits deren Umsetzung von verschiedenen Bedingungen abhängig, die eine wirksame EU-Umweltpolitik, bspw. bei der Umsetzung von Schadstoffreduktionszielen, erschwerten (Lescher 2000: 67 u. 79; Michaelowa 1998: 21).

Frankreich pflegt unilaterale Aktivitäten in Regionen außerhalb Europas. Dies betrifft vor allem zwei Bereiche: die Nahost- und die Afrika-Politik. Nach dem Sechsstage-Krieg 1967 warf de Gaulle das Ruder herum und betrieb eine im Vergleich zu anderen westlichen Staaten relativ pro-arabische Politik, nachdem Paris vorher eher Israel unterstützt hatte. Diese ‚*politique arabe*‘ bestand erstens in einer rhetorischen Unterstützung der arabischen Nachbarstaaten Israels sowie der PLO und der Verurteilung der israelfreundlichen Politik der USA. Zweitens verkaufte Paris Waffen und Hochtechnologie in die Region, zum Teil im Tausch gegen Erdöllieferungen, und drittens blieb Frankreich der von den anderen westlichen Staaten gegründeten internationalen Energieagentur (IEA) fern. Doch die konkreten Politikergebnisse waren aus französischer Sicht gering, zumal Frankreich im Gefolge der Ölkrise seitens der arabischen Ölförderländer nicht bevorzugt behandelt wurde. Mit dem Aufkommen der EPZ wurde die Nahost-Problematik auf französische Initiative hin das erste große Thema der europäischen Zusammenarbeit (Nuttall 1992: 56) und gipfelte in der gemeinsamen Deklaration von Venedig (1980), die jedoch keinen großen Einfluss auf den Konflikt zu nehmen vermochte. In den 90er Jahren reagierte Paris, indem es zunehmend versuchte, eine aktive Mittelmeerpolitik in europäische Initiativen einzubetten. Ergebnis ist der sogenannte ‚Barcelona-Prozess‘, mit dessen Hilfe die krisenanfällige Region stabilisiert werden soll. Den jüngsten unilateralen Nahostinitiativen (seit 1996) von Chirac, Védrine und Jospin gelang es zu keiner Zeit, effektiven Einfluss auf die Friedensbemühungen auszuüben (Hubel 2000: 96ff.).¹⁵⁰

Die **Afrikapolitik** Frankreichs umfasst geografisch vor allem die ehemaligen Kolonien Schwarzafrikas. Diese Länder des „Vorgartens“ (*‘pré-carré’*) versucht Paris durch besondere militärische, wirtschaftliche und kulturelle Mittel an sich zu binden. Militärisch geschieht dies durch die Unterhaltung von Stützpunkten in Nordafrika (z.B. in Djibouti), Beratung und Ausbildungshilfe für Regierungs-

¹⁴⁸ „Génocide arménien: Chirac promulgue la loi“, *Novel Observateur* v. 31.1.2001, <http://quotidien.nouvelobs.com/politique/20010130.OBS1657.html?0030> [31.1.2001].

¹⁴⁹ „Der unnachgiebige Chirac“, *FAZ* v. 15.2.2000.

¹⁵⁰ Stattdessen kam es zu Verstimmungen in der Kohabitation, als Jospin sich auf seiner Nahostreise deutlich von der gewalttätigen Politik der Hizbullah abzusetzen suchte, vgl. Wiegell, M.: „Mehr als ein Ausrutscher“, *FAZ* (1.3.2000) S. 16.

und die afrikanischen Friedenssicherungstreitkräfte sowie wahlweiser Intervention zur Beendigung von kriegerischen Konflikten (z.B. in Zaire 1977/78 im Tschad 1983, in der Elfenbeinküste 2002). Neben Entwicklungshilfegeldern gewährt Frankreich den Ländern bevorzugte währungspolitische Konditionen durch die Möglichkeit, ihre Währungen in den französischen Franc im Rahmen der sogenannten 'Franc-Zone' einzutauschen (sog. CFA-Franc). Kulturell sind diese Staaten Teil der 'francophonie', der französischsprachigen Länder der Welt, die von Frankreich geführt und gepflegt wird. Flankiert wurde diese Politik stets durch das Geschäftsgebaren großer Industrieunternehmen, die in Afrika ihre Rohstoffe zu sichern suchten. In den 90er Jahren, auch aufgrund eher niederschmetternder Erfahrungen in Ruanda (Philippi 1997) und im Kongo (Froehly 1998: 4f.), deutete sich ein Wandel der französischen Afrikapolitik an. Paris wertete den CFA-Franc 1994 einseitig ab, wichtige Positionen in der Regierung wurden umbesetzt und Chirac und Jospin kürzten die Militärausgaben für die Region. Merkmal der 'neuen' französischen Afrikapolitik ist es, statt Interventionen vermehrt Hilfestellungen zu geben und Vermittlertätigkeiten anzubieten.¹⁵¹ Zusammen mit den USA und dem Vereinigten Königreich schob Paris 1997 ein Militärprogramm zum Aufbau einer afrikanischen Friedenssicherungstruppe an. Zudem lässt sich eine zunehmende Europäisierung konstatieren. Das Beispiel Algerien ist hier instruktiv: Hatte Paris nach dem Befreiungskrieg noch exklusive Beziehungen zu Algier unterhalten und die jeweiligen Machthaber direkt oder indirekt unterstützt, verfiel die französische Regierung nach dem „sanften Staatsstreich“ von 1992 zunächst in Ratlosigkeit und Lähmung (Zell 1997: 205f.).¹⁵² Seit 1994 ist es dann – wie der Troika-Besuch in Algerien 1998 gezeigt hat – zu einer schleichenden Europäisierung gekommen (Morisse-Schilbach 1999). Paris unterstützt europäische Initiativen heute auch in Gebieten, die früher als rein französische Einflusszonen gegolten hatten. Dieser Trend fügt sich ein in die französische Haltung zur europäischen Entwicklungspolitik, die ihren Niederschlag in den Abkommen (Lomé u.a.m.) mit den AKP-Staaten gefunden hat und die Paris von Beginn an unterstützt hat.

Frankreich in der GESVP

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es Frankreich gewesen, das eine europäische Antwort auf die sowjetische Bedrohung im Form einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft vorgeschlagen und es ist gleichfalls Frankreich gewesen, an der diese Idee scheiterte. Danach wurde die europäische Sicherheit vor allem von der NATO gewährleistet, aus dessen militärischen Verpflichtungen sich Staatspräsident De Gaulle allerdings 1966 verabschiedete. De Gaulle hatte gleichfalls mit den Vorschlägen zu einer politischen

¹⁵¹ Wiegel, Michaela: „Frankreichs neue Afrikapolitik basiert auf Nichteinmischung“, in: FAZ v. 8.1.2000, S.5.

¹⁵² Allerdings paktierte insbesondere Innenminister Pasqua weiterhin mit dem Militärregime und setzte die französischen Sicherheitskräfte gegen algerische Terroristen in Frankreich ein.

Zusammenarbeit (Fouchet-Pläne) versucht, die außenpolitische Kooperation zwischen den europäischen Staaten voranzubringen. Erst Pompidou gelang dies in einem erneuten Anlauf mit der Gründung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ). Dabei blieb die verteidigungspolitische Dimension zunächst ausgeklammert, auch wenn immer wieder Themen mit militärischen Implikationen im Rahmen der EPZ verhandelt wurden. Nicht im Rahmen der EPZ, sondern durch eine Aktivierung der WEU versuchte Frankreich in den 80er Jahren, der europäischen Verteidigung neue Impulse zu verleihen. Paris hatte die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) vehement propagiert (Howorth 1997: 10). Zusammen mit Deutschland suchte Paris mit bilateralen Initiativen wie dem Eurokorps den Kern einer europäischen Verteidigung zu bilden, was sich jedoch nicht ohne Spannungen vollzog (Manfrass-Sirjacques 2000: 62). In Maastricht stimmte Mitterrand einer Heranführung der WEU an die EU zu, die jedoch aufgrund der Bedenken vieler EU-Partner zunächst folgenlos blieb. Auch in Amsterdam konnte sich Paris mit dieser Idee nicht gegen die atlantische Fraktion in der EU durchsetzen. So erschienen die Perspektive einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Mitte der 90er Jahre noch als unrealistisch (Bozo 1995: 228). Doch im Zuge der Endphase des Bosnienkrieges rückte Frankreich wieder an die NATO heran (Boniface 1996; Meimeth 1998: 178ff.). Der vormalige *trade-off* zwischen NATO und dem Aufbau einer europäischen Verteidigung schien verschwunden zu sein: Frankreich beteiligte sich sowohl aktiv am Ausbau der *Combined Joint Task Forces* der NATO wie auch an der Weiterentwicklung einer ESVI (Boyer 1998: 102f.; Rynning 1999: 116).¹⁵³ Als Paris sich mit seinen personellen Vorstellungen innerhalb der europäischen NATO-Strukturen nicht durchsetzen konnte, erklärte es die Annäherung an das transatlantische Bündnis 1997 für gescheitert.

Erst nach dem ‚U-turn‘ der Regierung Blair und der Einbeziehung der Petersberg-Aufgaben in die Konstruktion einer europäischen Verteidigung wurde die französische Position in Europa mehrheitsfähig. Paris sah Ende der 90er Jahre nunmehr im Vereinigten Königreich den geeigneten Partner, europäische Verteidigungsstrukturen aufzubauen.¹⁵⁴

Frankreich erklärt sich bereit, zu den Einsatzverbänden der EU zwischen 18000 und 20000 Soldaten beizusteuern. Es propagierte die Idee von Konvergenzkriterien für den Verteidigungsbereich und plädiert für die notwendige Duplizierung von Kommando- und Logistikstrukturen (Froehly 2000). Paris besteht dabei auf autonomen, d.h. von NATO-Strukturen

¹⁵³ Die Interpretationen über diese ‚sowohl-als-auch-Politik‘ waren bezeichnend: „*Europe is thus the symbolic layer under which France pursues a revisionist agenda in order to reconcile itself with NATO.*“ Rynning 1999: 117.

¹⁵⁴ Wiegel, M./Braunberger, G: „Richard: Großbritannien interessanter als Deutschland“, FAZ v. 8.6.2000.

unabhängigen entscheidungs- und Planungsforen.¹⁵⁵ Doch auf dem Gipfel von Nizza wurden die unterschiedlichen Interpretationen zwischen London und Paris wieder offenbar und es gelang Chirac nicht, seine Vorstellungen von einer von der NATO unabhängigen Planungsstabes im Vertrag selbst zu kodifizieren. Zugleich stieß die französische Idee der Einführung einer flexiblen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich auf wenig Gegenliebe in London.¹⁵⁶ Frankreich treibt die Europäisierung der Rüstungsindustrie in Form einer „*European Aircraft and Defence Company (EADC)*“ voran (Froehly 1998a: 7). Auch in Fragen der strategischen Ausrüstung zeigten sich Querelen im Detail. Zwar gelang es Paris, die wichtigsten europäischen Partner von der Notwendigkeit eines Aufbaus eines eigenen Satellitenfrühwarnsystems ‚Galileo‘ zu überzeugen, doch in der Frage der ausschließlichen Finanzierung des Systems durch öffentliche Gelder wollen die vormaligen Atlantiker und Neutralen Paris nicht folgen.¹⁵⁷ Immerhin aber gelang es der französischen Ratspräsidentschaft, den Aufbau von permanenten Verteidigungsinstitutionen in Brüssel zu forcieren und somit die institutionellen Vorbedingungen zur Erfüllung der *Headline Goals* von Helsinki zu erfüllen (Deloche-Gaudez 2002: 129f.).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Frankreich stets ein *promoter* einer europäischen Verteidigung gewesen ist. Gewandelt hat sich indes der Rahmen hierfür: Frankreich war ursprünglich weder gewillt, einen Aufbau einer europäischen Verteidigung innerhalb der EU noch angelehnt an die NATO zu akzeptieren. Beides hat sich in den 90er Jahren geändert.

Zusammenfassung

- Betrachtet man die Art der Kooperation, die Paris bevorzugt, so ist im Zeitablauf ein Trend von unilateralem zu intergouvernementalem und vergemeinschaftetem Handeln unverkennbar.
- Frankreich betreibt eine aktive Institutionenpolitik, sowohl in der UNO, der OSZE als auch in der EU.
- Frankreich gilt in vielen Politikbereichen als Initiator, betreibt also eine sehr aktive Außenpolitik. Bei der Realisierung und Durchführung der Politiken fällt Paris indes oft in die Rolle des ‚*passive complier*‘ oder gar ‚*reluctant follower*‘ zurück.
- Im Mitteleinsatz greift Paris auf die gesamte Palette von außenpolitischen Instrumenten zurück. Symbolische Akte sind sehr beliebt. Bei Militäreinsätzen gibt es einen klaren Trend zum Multilateralismus und zur Annäherung an die USA.

¹⁵⁵ So der Chef der frz. Armee Jean-Pierre Kelche in einem Interview mit dem ‚Daily Telegraph‘, zit.n. Die Presse: „Paris für eigene EU-Truppe“ v. 20.4.01.

¹⁵⁶ Black, I.: „Britain and France clash over defence“, Guardian Unlimited, http://www.guardianunlimited.co.uk/uk_news/story/0,3604,406915,00.html [7.12.2000].

¹⁵⁷ Quatremer, J.: „Avec Galileo, l'Europe sort de l'orbite américaine“, in: Libération v. 27.3.2002.

- Im speziellen Fall der Unterstützung der Europäischen Integration kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass französische Außenpolitik ein Moment des Erratischen aufweist: Sie oszilliert zwischen Initiative und Verweigerung.

Literatur zur französischen Außenpolitik

- Adréani, Gilles (1998), Den Fuß in der Tür. Frankreich und das atlantische Bündnis, in: *Internationale Politik* 7/1998, S. 27-32.
- Aldrich, R. und J. Conwell (1992), *France's overseas frontier: Départements et territoires d'Outre mer*, Cambridge.
- Axt, Heinz-Jürgen (1996), Mittellage oder Kerneuropa: Perspektiven deutsch-französischer Beziehungen, in: *Europäische Rundschau* Nr. 1, S. 109-123.
- Baehr, Peter R. (1996), *The Role of Human Rights in Foreign Policy*, London: Macmillan.
- Bloes, Robert (1969), *Le "Plan Fouchet" et le problème de l'europe politique*, Bruges: Collège d'Europe.
- Boidevaix, Francine (1997), *Une diplomatie informelle. Le groupe de Contact Bosnie*, Paris: Fondation pour les Etudes de Defense.
- Boyer, Yves (1998), *France and the European Project: Internal and External Issues*, in: Kjell A. Eliassen (Hrsg.), *Foreign and Security Policy in the European Union*, London et al.: Sage Publ., S. 94-106.
- Bozo, Frédéric (1991), *La France et l'OTAN. De la guerre froide au nouvel ordre européen*, Paris, Milan etc.: Masson.
- Bozo, Frédéric (1995), *France and Security in the New Europe: Between the Gaullist Legacy and the Search for a New Model*, in: G. Flynn (Hrsg.), *Remaking the Hexagone. The New France in the New Europe*, Boulder, Westview Press, S. 213-232.
- Brötel, D. (1990), *Dekolonialisierung des französischen Empire in Indochina*, in: W.J. Mommsen (Hrsg.), *Das Ende der Kolonialreiche*, Frankfurt a.M., S. 89-119.
- Chilton, Patricia (1995), *French Policy on Peacekeeping*, in: *Brassey's Defence Yearbook*, S. 139-152.
- David, D. (1998), *Independence and Interdependence: Foreign Policy over Mitterrand's Two Presidential Terms*, in: Maclean, Mair (Hrsg.), *The Mitterrand Years. Legacy and Evaluation*, New York, Macmillan Press, S. 112-129.
- Deloche-Gaudez, Florence (2002), *Frankreichs widersprüchliche Positionen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik*, in: G. Müller-Brandeck-Bocquet

- (Hrsg.): Europäische Außenpolitik. GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedstaaten, Baden-Baden, Nomos, S. 120-133.
- Deubner, Christian (1999), Frankreich in der Osterweiterung der EU, 1989 bis 1997, in: Politische Studien Heft 363, 50. Jhg., S. 89-121.
- Devuyst, Youri (1999), The Community-Method after Amsterdam, in: *Journal of Common Market Studies* 37(1), S. 109-120.
- Froehly, Jean-Pierre (1997), Frankreichs Position zur EU-Osterweiterung im Herbst 1997, Berlin, DGAP.
- Froehly, Jean-Pierre (1998a), NATO und Rüstungsindustrie: ESVI am Scheideweg, in: *Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 5, S. 375-382.
- Froehly, Jean-Pierre (1998b), Ruanda-Zaire-Brazzaville. Frankreichs Rückzug in Afrika, in: *Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 4, S. 279-284.
- Froehly, Jean-Pierre (2000), The French Perspective: France's Position towards ESDI and ESDP: Berlin: German Council on Foreign Relations, http://www.dgap.org/english/text/france_esdi.html.
- Gann, Lewis H. und Peter Duignan (Hrsg.) (1998), *Contemporary Europe and the Atlantic Alliance. A Political History*, Oxford u.a.: Blackwell.
- Gehring, Thomas (1998), Die Politik des koordinierten Alleingangs. Schengen und die Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen der Europäischen Union, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5(1), S. 43-78.
- Guerin-Sendelbach, Valerie (1994), "Incertitudes francaises"? Die Entwicklung der Europäischen Union aus französischer Sicht, *Dokumente* 50, S. 296-302.
- Guerin-Sendelbach, Valerie (1999), Frankreich und das vereinigte Deutschland: Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld, Opladen: Leske & Budrich.
- Guérot, Ulrike (1998), Bonn, Paris et l'union monétaire, in: IFRI (Hrsg.), *Les relations franco-allemandes: état et perspectives*, Paris: Institut français des relations internationales, S. 137-171.
- Guyomarch, Alain, Henri Machin, et al. (1998), *France in the European Union*, Basingstoke, London, Macmillan.
- Harnisch, Sebastian und Bernhard Stahl (2000), *Germany's Role in the Institutional Reform of the European Union as Viewed from Different National Perspectives*,

in: Institutional Reforms of the EU - the IGC in Nice, German Foreign Policy in Dialogue (Newsletter), Vol. 1, No. 3, December 2000, (<http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/dtap/newsletter/archive/issue03.html#german>), S. 7-11.

Heisbourg, François (1992), France and the Gulf crisis, in: Nicole Gnesotto und John Roper (Hrsg.), Western Europe and the Gulf. A study of West European reactions to the Gulf war carried out under the auspices of the Institute for Security Studies of Western European Union, Paris: Institute for Security Studies of WEUI, S. 17-39.

Herzog, Werner (1995), Algerien - Zwischen Demokratie und Gottesstaat, München: Beck.

Howorth, Jolyon (1994), The Debate in France over Military Intervention, in: Lawrence Freedman (Hrsg.), Military Intervention in European Conflicts, Oxford: Blackwell Publishers, S. 106-124.

Howorth, Jolyon (1997), National defence and European security integration, in: J. Howorth and A. Menon (Hrsg.), The European Union and National Defence Policy. London, New York, Routledge, S.10-22.

Howorth, Jolyon (2000), Britain, France and the European Defence Initiative, in: Survival 42(2), S. 34f.

Hubel, Helmut (2000), Frankreich als Vermittler in Nahost?, in: Bernd Rill (Hrsg.), Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 21, München: Hanns-Seidel-Stiftung, S. 91-100.

Huffschnid, Jörg (1998), Danke, Frankreich! Politische Optionen der Währungsunion werden sichtbar, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6'98, S. 607-617.

Jauvert, Vincent (2000), Les Américains contre de Gaulle, in: Le Nouvel Observateur, Nr. 1874 (5.-11. Oktober 2000), S. 12-20.

Kessler, Marie-Christine und Frédéric Charillon (2001), France: un "rang" à réinventer, in: Frédéric Charillon (Hrsg.), Les politiques étrangères. Ruptures et continuités, Paris: La Documentation Française, S. 101-132.

Kühnhardt, Ludger, Henri Ménudier und Janusz Reiter (2000), Vielfältige Aufgaben für das "Weimarer Dreieck". Die französisch-deutsch-polnischen Beziehungen als ein Motor der europäischen Integration. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt, S. 11.

- La Serre, Françoise de (1996), France. The impact of François Mitterrand, in: Christopher Hill (Hrsg.), *The Actors in Europe's Foreign Policy*, London, S. 19-39.
- La Serre, Françoise de, Jacques Leruez und Helen Wallace (Hrsg.) (1990), *Les Politiques Etrangères de la France et de la Grande-Bretagne depuis 1945: L'inévitable ajustement*, Paris: Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques.
- La Serre, Françoise de und Philippe Moreau Defarges (1983), France: a penchant for leadership, in: Christopher Hill (Hrsg.), *National Foreign Policies and European Political Cooperation*, London: George Allen & Unwin, S. 56-70.
- La Serre, Françoise de und Christian Lequesne (1994/95), Frankreich, in: W. Weidenfeld and W. Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Bonn: Europa-Verlag, S. 305-312.
- Lescher, Timotheus B. (2000), Die EU als eigenständiger Akteur in der Entstehung des internationalen Klimaregimes. Staatsexamensarbeit an der Universität Trier, Fachbereich III/Politikwissenschaft, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pubs/ma/index.php#liba>.
- Lequesne, Christian und Wolfgang Brauner (2000), The French Perspective, in: *Institutional Reforms of the EU - the IGC in Nice*, German Foreign Policy in Dialogue (Newsletter), Vol. 1, No. 3, December 2000, (<http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/dtap/newsletter/archive/issue03.html#german>).
- Louis, W. Roger (1989), *Suez 1956. The Crisis and its Consequences*, Oxford: Clarendon Press.
- Manfrass-Sirjacques, Françoise (1999), *Die französische Sicherheitspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, Arbeitspapier, Frankfurt am Main: HSFK.
- Manfrass-Sirjacques, Françoise (2000), Die Debatte um die europäische Verteidigungsidentität, in: Bernd Rill (Hrsg.), *Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsstrategien*, München: Hanns-Seidel-Stiftung e.V. 21, S. 61-70.
- Maull, Hanns W. und Bernhard Stahl (2001), Krisenmanagement im Jugoslawienkonflikt. Deutschland und Frankreich im Vergleich, in: Michael Meimeth und Joachim Schild (Hrsg.), *Die Zukunft des Nationalstaats in der europäischen Integration*, Opladen: Leske+Budrich, S. 249-278.
- Mazzucelli, Collette (1997), *France and Germany at Maastricht: politics and negotiations to create the European Union*, New York: Garland.

- Mbaye, H. A. D. (2001), Why National States Comply with Supranational Law, in: *European Union Politics* 2 (3), S. 259-281.
- Meimeth, Michael (1998), Frankreichs gewandeltes Verhältnis zur NATO- Alter Wein in neuen Schläuchen?, in: *Frankreich-Jahrbuch*, S. 171-190.
- Meimeth, Michael und Christoph Neßhöver (1997), Die gesamteuropäische Dimension französischer Sicherheitspolitik: Mitterrands Konföderationsprojekt und Balladurs Stabilitätspakt, in: Hanns W. Maull (Hrsg.), *Die verhinderte Großmacht: Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes*, Opladen: Leske+Budrich, S. 149-173.
- Ménudier, Henri (1985), Frankreich, in: W. Weidenfeld and W. Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Bonn: Europa-Verlag, S. 346-352.
- Michaelowa, Axel (1998), *Klimapolitik in Frankreich*, Diskussionspapier, Hamburg: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung.
- Moravcsik, Andrew und Kalypso Nicolaidis (1999), Explaining the Treaty of Amsterdam: Interests, Influence, Institutions, in: *Journal of Common Market Studies* 37(1), S. 59-85.
- Morisse-Schilbach, Melanie (1999), "Europäisierung" nationaler Außenpolitik- Das Beispiel der französischen Algerienpolitik, in: *GASP Forum (DGAP) Nr. 4*, S. 5-8.
- Neßhöver, Christoph (1996), Eine Politik der "reaktiven Anpassung". Frankreichs Weg zum "Zwei-plus-Vier"-Vertrag, in: Elke Bruck und Peter M. Wagner (Hrsg.), *Wege zum "2+4" -Vertrag. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit*, München: Centrum für angewandte Politikforschung.
- Neßhöver, Christoph (1999), *Die Chinapolitik Deutschlands und Frankreichs zwischen Außenwirtschaftsförderung und Menschenrechtsorientierung. Auf der Suche nach Balance*, Hamburg: Institut für Asienkunde.
- Nuttall, Simon (1992), *European Political Cooperation*, Oxford: Clarendon Press.
- Parsons, Craig (2000), Domestic Interests, Ideas and Integration: The French Case, in: *Journal of Common Market Studies* 38 (1), S. 45-70.
- Peters, Dirk (2001), *Making European Law Work: Why Member States (Fail to) Implement EC Directives*. Working Paper, Universität Mainz.
- Petras, James und Morris Morley (2000), Contesting hegemony: US-French relations in the "New World Order", in: *Review of International Studies* 26, S. 49-67.

- Philippi, Nina (1997), Frankreichs Rolle im ruandischen Bürgerkrieg - Eine Wende in der französischen Afrikapolitik?, in: Hanns W. Maull, Christoph Neßhöver und Michael Meimeth (Hrsg.), Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen: Leske+Budrich, S. 223-243.
- Rynning, Sten (1999), French Defence Reforms and European Security: Tensions and Intersections, in: *European Foreign Affairs Review* 4, S. 99-119.
- Saliou, Monique (1993), La France et l'ONU: Des ambitions mondiales, in: *Politique étrangère* 58 (3), S. 687-695.
- Sauder, Axel (1996), Die französische Europapolitik und die Regierungskonferenz zur Überprüfung des Vertrages von Maastricht, in: *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik* 22 (3), S.222-242.
- Schild, Joachim (1997), Durchbruch in der deutsch-französischen Sicherheitskooperation, in: *Aktuelle Frankreichanalysen* 6, März 1997, S. 1-12.
- Schmidt, Peter (1997), Frankreichs neues Verhältnis zur NATO: Preisgabe oder Verwirklichung gaullistischer Prinzipien, in: Hanns W. Maull, Christoph Neßhöver und Michael Meimeth (Hrsg.), Die verhinderte Großmacht: Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, Opladen: Leske+Budrich, S. 113-128.
- Schuster, Joachim (1994), EG am Scheideweg. Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, Frankfurt am Main.
- Terpan, Fabien (2000), French concern: Northern Europe as a key point in the European debate on power and security, in: Gianni Bonvicini, Tapani Vaahtoranta und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *The Northern EU. National Views on the Emerging Security Dimension*, Helsinki: Kauhana, S. 245-258.
- Ueta, Takako (1997), The Stability Pact: from the Balldur Initiative to the EU Joint Action, in: Martin Holland (Hrsg.), *Common Foreign and Security Policy. The Records and Reforms*, London, Washington: Pinter, S. 92-104.
- Védrine, Hubert (1998), France's Position on the International Criminal Court. Speech by Foreign Minister Hubert Védrine, Rome, 17 June 1998: French Embassy in the United Kingdom. 2000.
- Villadsen, Ole R. (2000), Prospects for a European Common Intelligence Policy, in: *Studies in Intelligence* 9, <http://www.cia.gov/csi/studies/summer00/art07.html>.

- Weisenfeld, Ernst (1991), Mitterrands Europäische Konföderation. Eine Idee im Spannungsfeld der Realitäten, in: Europa-Archiv 17, S. 513-518.
- Woyke, Wichard (2000), Deutsch-Französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem faßt wieder Tritt, Opladen: Leske + Budrich.
- Yost, David S. (1994), France, in: Douglas J. Murray und Paul R. Viotti (Hrsg.), The Defense Policies of Nations. A Comparative Study, Baltimore: Johns Hopkins University Press, S.233-277.
- Zell, Jörg (1997), Auf der Suche nach Stabilität - Frankreichs Reaktion auf die Krise in Algerien, in: Hanns W. Maull, Christoph Neßhöver und Michael Meimeth (Hrsg.), Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen: Leske+Budrich, S. 194-222.
- Zieburg, Gilbert (1997), Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945: Mythen und Realitäten, Stuttgart: Neske.